

Herrlots famoſer „Abrüstungsplan.“

Stapenweise Durchführung des Millizsystems.

Genf, 14. Nov. Der französische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Herrlots, hat heute dem Völkerbundsekretariat den französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan überreicht.

Frankreich schlägt vor, eine Gesamtlösung ins Auge zu fassen, daß man etappenweise die Form einer militärischen Organisation suche und verwirkliche, die unter den gegebenen politischen und technischen Umständen eine Angriffspolitik erschweren würde. Nur auf diesem Wege glaube Frankreich eine gerechte Lösung für die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung durch die allmähliche Angleichung der Militärstatuten an einen Verteidigungstyp und durch eine gleiche Beteiligung an den Kosten der „gemeinsamen Aktion“, die im Völkerbundsstatut vorgesehen sei, finden zu können, wobei jeder Gedanke an eine Ausfüllung übrigens ausgeschlossen sei.

Die Heere der vertragschließenden Teile, heißt es in dem Plan weiter, werden allmählich auf den einheitlichen Typ eines nationalen Heeres mit kurzfristiger Dienstzeit und beschränktem Effektivbestand gebracht. Um die Gleichheit in der Verteilung zu gewährleisten, wird festgesetzt, daß bei der Abschaffung der Effektivbestände gemäß Artikel 8 des Völkerbundsstatuts die besonderen Bestimmungen eines jeden Staates berücksichtigt werden, so namentlich die Ungleichheit und Verschiedenheit der Rekrutierungsquellen. Ebenso werde die militärische Ausbildung berücksichtigt werden müssen, die den politischen Verbänden erteilt werde, ferner die Bedeutung der Polizei. Diese Nationalheere würden kein starkes mobiles Material besitzen. Was die erste Hilfe zugunsten eines vertragschließenden Staates betrifft, so sehe man die Spezialisierung beschränkter Elemente vor (Truppenkontingente, welche eine mehr oder weniger lange Dienstzeit absolvieren und mit Materialien ausgestattet sein würden, die den Nationalheeren verboten seien). Diese Elemente würden dem Völkerbund zur Verfügung gestellt und fänden bereit, beim ersten Appell in Tätigkeit zu treten.

Weitere Bestimmungen betreffen die unter der Kontrolle des Völkerbundes in jedem Staate vorzunehmende Aufstellung von mobilen Kriegsmaterialien (das dem angegriffenen Staat zur Verfügung gestellt werden würde), also eines Materials, dessen Aufbewahrung durch das allgemeine Abkommen erlaubt, das aber den nationalen Streitkräften mit kurzfristiger Dienstzeit verboten sein würde. Ferner die allmähliche Vereinheitlichung der Kriegsmaterialien, deren Herstellung kontrolliert würde und allmählich international organisiert werden würde. Ferner die Organisierung der ständigen und regelmäßigen Kontrolle der Durchführung dieser Verpflichtungen zwischen den vertragschließenden Teilen. Die Durchführung dieses Programms werde etappenweise vor sich gehen.

Bezüglich der Flottenstreitkräfte faßt der Plan

für den Fall, daß den Signatarmächten die Möglichkeit gegeben werden soll, bei Erhaltung des gegenwärtigen Relativitätskoeffizienten die Tonnage in möglichst weitem Ausmaß herabzusetzen, den Abschluß eines Weltmeerespaktes unter den interessierten Staaten ins Auge, der ihnen ausreichende Garantien für gegenseitigen Bestand geben würde.

Bezüglich der Rüstungen zur Luft schlägt der französische Plan den Abschluß eines Abkommens zwischen allen über Flugzeugen verfügenden europäischen Staaten vor zwecks Schaffung der „Europäischen Lufttransport-Union“.

Berlin, 15. Nov. Die D. N. Z. hält es für unmöglich, daß Deutschland sich mit Formulierungen zufrieden gebe, die sein juristisches Anrecht auf Gleichberechtigung weiter bestritten und mit dem Begriff der verbotenen Aufrüstungsarbeiten ihm nur das Bestehen einer politischen Frage und einer Gleichheit der Militärstatute, d. h. der Heeresform, zubilligen. Sehr bedenklich sei auch, daß nur von einer fortschreitenden Vereinheitlichung des Rüstungsmaterials die Rede sei. Unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Abrüstungspolitik und im Hinblick auf die weiteren Genfer Beratungen sei ein Punkt bereits jetzt mit voller Klarheit festzustellen: eine Regelung der Gleichberechtigungsfrage sei völlig unentbehrlich auf rein empirischem Wege. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir uns etwas sagen wollten, daß auf Grund des französischen Planes und einiger Andeutungen, die er enthalte, im Verlauf von künftigen Verhandlungen die Gleichberechtigung herauszukristallisieren sei, gewissermaßen als Schlusspunkt der ganzen Angelegenheit. Die Verhandlungen, für die der französische Plan zweifellos eine Grundlage biete, könne nur zu einem Ziele führen, wenn vorher die Anerkennung der Gleichberechtigung erreicht sei. — Der Tag spricht von „Herrlots Sabotageplan“ und der Eröffnung der „Generaloffensive gegen Abrüstung und Gleichberechtigung“. — Die Germania bemängelt, daß der Plan sich nicht durch die großzügige Klarheit wie derjenige Hoovers auszeichne. Er nehme auch nicht die materielle Abrüstung, sondern die Erweiterung der vertraglichen Sicherungen zum Ausgangspunkt; es sei eine Neuauflage des Genfer Protokolls vom Jahre 1924. Deutschland werde nicht das einzige Land sein, das diesen französischen Plan für unausführbar erkläre werde. — Die Post. Ztg. schreibt, der Plan laufe Gefahr, von weiten Teilen des deutschen Volkes abgelehnt zu werden, wenn nicht die gerechte Lösung für die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung von französischer Seite nochmals scharf unterstrichen werde. Er sei viel zu klausuliert, als daß ein oft enttäuschtes Volk daraus sofort Hoffnungen schöpfen könne, und sei nicht genügend einfach-militärisch, um durchführbar zu erscheinen. Es bedürfe eines klaren deutschen Gegenprogramms, das wohl an die Grundidee der Miliz anknüpfen könne, aber im übrigen den berechtigten eigenen Sicherheitsforderungen zu entsprechen habe.

Die Entscheidung liegt bei Hindenburg.

Auf der Fahrt nach Dresden erklärte der Reichskanzler einem Pressevertreter, daß das Werk der Verfassungsreform in gleichmäßiger Weise durchgeführt werden soll. Ob sich das Regierungsprogramm mit dem Reichstag durchführen lasse, werde sich vermutlich bei den Parteiführerbesprechungen im Laufe dieser Woche ergeben. Er sei fest entschlossen, die Verwirklichung einer nationalen Konzentration anzustreben. Der Kanzler betonte, daß es sich doch ermöglichen lassen müsse, daß zwischen dem Führer der Nationalsozialisten und ihm eine offene Aussprache herbeigeführt werde. Weiter hat der Reichskanzler mitgeteilt, daß er auch die Führer der Sozialdemokratie hinzuziehen werde. Erst auf Grund des Ergebnisses der Besprechungen werde der Reichspräsident seine weiteren Entscheidungen treffen. Der Wille der Reichsregierung sei, alles zu versuchen, um ein arbeitstüchtiges Parlament zu schaffen, damit dem Volke die Mitarbeit zurückgegeben werde, seine Stimme wirklich zur Geltung zu bringen. Die Reichsregierung sei auch schon aus eigenem Interesse weiter darum bemüht, die Volksmeinung nicht ausschalten zu wollen.

Hilfer von Papen eingeladen.

München, 14. Nov. Im Braunen Haus ist eine Einladung des Reichskanzlers zu einer Aussprache über die innerpolitische Lage eingetroffen. Die Einladung ist an den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, persönlich gerichtet. Eine Stellungnahme des Braunen Hauses liegt zur Stunde noch nicht vor.

Reichstag am 6. Dezember.

Berlin, 14. Nov. Gegenüber den Pressemitteilungen über eine Reichstagsauflösung sofort nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß Reichspräsident Goering nicht die Absicht hat, den Reichstag vorzeitig einzuberufen. Goering wird den Reichstag bestimmt erst für den 6. Dezember, dem verfassungsmäßig letzten Termin, einberufen.

Berlin, 14. Nov. Der Reichswahlprüfungsausschuß zur Verkündung des amtlichen Ergebnisses der Reichstagswahl vom 3. November wird am kommenden Sonntagabend, 19. November, zusammentreten.

Braun wieder abgeblüht.

Berlin, 14. Nov. Der preussische Ministerpräsident Braun hat am 7. November ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem er gegen die beabsichtigte, inzwischen erfolgte Verabschiedung zahlreicher höherer Beamter der preussischen Verwaltung Einspruch erhebt. Der Grund für die Maßnahmen liege bei dem größten Teil ganz offensichtlich in der politischen Einstellung oder in der konfessionellen Zugehörigkeit der Beamten.

Reichspräsident von Hindenburg sagt in seinem Antwortschreiben, er bedauere, in dieser Angelegenheit nichts unternehmen zu können, weil nach dem Leipziger Urteil des Staatsgerichtshofes der Reichskommissar berechtigt sei, im Interesse der Vereinmohung der Verwaltung und der Erzielung von Einsparnissen im Staatshaushalt Maßnahmen der in Rede stehenden Art zu treffen.

Berlin, 14. Nov. Der Reichspräsident hat an Gerhart Hauptmann zu dessen 70. Geburtstag ein Glückwunschschreiben geschickt.

Verlängerung des Kredits der Reichsbank

Basel, 14. Nov. Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat die Verlängerung des Kredites der Reichsbank, an dem der Reichsbank gegebener Kredit von 90 Millionen für weitere drei Monate beschlossen.

England und die Kriegsschuldenfrage.

London, 14. Nov. In der Londoner Presse kommt allgemein die zuverlässige Erwartung zum Ausdruck, daß in der Kriegsschuldenfrage der beantragte Zahlungsausschub bewilligt werden wird. Morning Post bemerkt, das Erzeugen um Ausschub der Zahlung der nächsten Schuldenrate und um Aussprache über die Zukunft der Kriegsschulden bedeute nur die logische Fortsetzung der Entwidlung, die durch das Hoovermoratorium im vorigen Jahre begonnen worden sei. — Daily Telegraph hebt die vorläufige Formulierung der britischen Note hervor und weist darauf hin, daß sie nicht eine Schuldenrevision, sondern nur eine Aussprache über die Möglichkeit einer Stelle keine Weigerung dar, die am 15. Dezember fällige Schuldenrate zu bezahlen. Die Lösung der drei Probleme Reparationen, Kriegsschulden und Abrüstung sei Vorbedingung einer Wiederherstellung des Vertrauens und damit des internationalen Handels.

Auch Belgien kann nicht zahlen.

Brüssel, 14. Nov. Belgien hat an die Washingtoner Regierung eine Note geschickt, in der es sich dem französischen und englischen Vorgehen bezüglich der Verlängerung der Schuldenszahlungen anschließt.

Paris, 14. Nov. Petit Parisien schreibt, trotz der absichtlichen Unterlassung jeder Bezugnahme auf die diesjährigen deutschen Reparationsfragen gewährt Konzeptionen bestehe eine enge und logische Verbindung zwischen der französischen Note und dem Hoover-Moratorium vom Juni 1931, das den Young-Plan zunichte gemacht habe. Man könne kaum annehmen, daß Hoover und Roosevelt sich weigern würden, einem Antrage nachzukommen, der vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus gestellt sei, und dessen Ablehnung sofort zur Wirkung haben würde, nicht nur das mühsam in Lausanne erzielte Abkommen zu annullieren, sondern auch die Welt in das größte politische, wirtschaftliche und finanzielle Chaos zu stürzen.

Washington, 14. Nov. Senator Swanson, der künftige Nachfolger Borahs im Vorsteher des Staatsauschusses für auswärtige Angelegenheiten, erklärte, die amerikanische Nation sei nicht geneigt, andere Völker von der Last der Steuern zu befreien, um sie sich selbst aufzubürden. Er meinte, es gäbe zahlreiche Staaten, die finanziell und industriell besser gestellt seien, als die Vereinigten Staaten.

Berlin, 14. Nov. Reichskanzler v. Papen hat dem Völkerbund a. D. Graf Bernstorff zur Vollendung seines 70. Lebensjahres namens der Reichsregierung die herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

Berlin, 14. Nov. Aus den Groß-Berliner Gemeinden liegen bis zur Stunde Ergebnisse der Reichswahlen aus 67 Gemeinden vor. Danach erhalten: Postino 1111, Volkstümlich-Sozialistische Vereinigung 87, Liberale 298, Christlich-sozialistische 1209, Deutsche Christen 1335, Religiöse Sozialisten 36 Sitze. Im ganzen gesehen haben die Deutschen Christen (Nationalsozialisten) etwa ein Drittel der Sitze in den Gemeindeförperschaften errungen.

Der Verrat des deutschen Aufmarsches an Frankreich — ein Schwindel.

Das Urteil über die Neutralitätsverletzung Belgiens durch den deutschen Einmarsch im August 1914 hat sich in letzter Zeit durch verschiedene Veröffentlichungen zu Gunsten Deutschlands verschoben. Durch die kleine Schrift von Hoffe „Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkrieg“ war bekannt geworden, in welcher weitgehender Weise Besprechungen zwischen dem englischen und belgischen Generalstab seit dem Jahre 1906 stattgefunden haben. Die Memoiren des Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Sir Arthur Nicolson, zeigten, daß auch England die Möglichkeit eines Einmarsches in Belgien stärker ins Auge gefaßt hatte, als man bisher annehmen konnte. Ferner ging aus den kürzlich erschienenen Memoiren des französischen Generalstabchefs Joffre hervor, daß der französische Generalstab die Absicht hatte, vor einer Neutralitätsverletzung durch deutsche Truppen selbst in Belgien einzumarschieren.

Dies mag die Veranlassung gewesen sein, daß der ehemalige französische Botschafter in Petersburg, Maurice Paléologue, im Oktoberheft der Revue des deux Mondes einen Aufsatz veröffentlicht hat, in dem er (wie der „E. B.“ mitteilte) die militärischen Besprechungen Frankreichs mit Belgien damit zu begründen verjuchte, daß die Franzosen bereits seit 1904 durch Verrat von der deutschen Absicht, im Falle eines Krieges mit Frankreich durch Belgien zu marschieren, Kenntnis erhalten hatten. Der Aufsatz Paléologues hat eine sehr weite Verbreitung gefunden, da der französische Botschafter bekanntlich ein sehr talentierter Schriftsteller ist, und muß man es ihm auch in diesem Falle lassen, daß er es verstanden hat, die ganze Angelegenheit sehr reizvoll darzustellen.

Im Frühjahr 1904 hat der französische Generalstab aus militärischer Bedeutung angeboten worden sind. Durch einen Hauptmann des französischen Nachrichtendienstes wurde die Verbindung mit dem geheimnisvollen Briefschreiber sofort aufgenommen. Drei Zusammenkünfte haben stattgefunden, in Paris, in Brüssel und in Nizza; immer in einem Luxushotel. Aber jedesmal hatte der Verräter sein Gesicht mit Binden so umwickelt, daß nur ein grauer Schnurrbart und durchdringende Augen zu sehen gewesen sind. Der Verräter hatte mehmals erklärt: „Ich bin mir meiner Schandtaten vollkommen bewußt, aber man hat sich mir gegenüber noch viel schändlicher benommen und dafür räche ich mich jetzt!“ Seine Briefe sind unterzeichnet gewesen: „Der Rächer“.

Das vom „Rächer“ angebotene Material soll nun der neue, vom deutschen Generalstab angenommene Aufmarschplan gegen Frankreich gewesen sein. Ueber die Persönlichkeit des „Rächers“ hat der französische Unterhändler nichts erfahren können, aber der französische Generalstab hat die Richtigkeit seiner Angaben geprüft und dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß sich hinter den verhänglichen Binden ein General des deutschen Generalstabes verbirgt. Für 60 000 Franken ist der angebotene Plan dann vom französischen Generalstab erworben worden. Soweit Paléologue.

Der Direktor im Reichsarchiv, Wolfgang Foerster, ist nun dem angeblichen Verrat des deutschen Aufmarschplanes nachgegangen und hat in einem sehr lehrreichen Aufsatz in den den Lesern des „E. B.“ seit länger bekannten „Berliner Monatsheften“ (Herausgeber: Alfred von Wever, 10. Jahrgang, Nr. 11, November 1932, Preis 1,20 RM) nachgewiesen, daß der französische Generalstab „ganz gehörig über den Haufen“ worden ist. Wie wenig echt der nach Paléologue von Frankreich angekauft deutsche Aufmarschplan gewesen ist, geht, wie Foerster ausführt, wohl am überzeugendsten daraus hervor, daß der französische Oberste Kriegsrat an dem eigenen Aufmarschplan zwei Jahre hindurch feinerlei Änderungen vorgenommen hat. Dies wäre natürlich der Fall gewesen, wenn er den deutschen Aufmarschplan für echt gehalten hätte.

Der Versuch Paléologues, die französisch-belgischen Besprechungen mit dem Verrat des deutschen Aufmarschplanes zu begründen, müssen somit als gescheitert angesehen werden.

Für Revision der Friedensdiktate.

London, 14. Nov. Der frühere Minister Lee Smith erklärte auf einer Waffenstillstandsfeier, daß die Frage der Revision der Friedensverträge zwangsläufig im Vordergrund der europäischen Politik stehe. Die Annahme der Gleichberechtigungsforderung führe direkt zur Aufrollung der Bescherden über die Deutschland und anderen Mächten angelegene Ungerechtigkeit.

Aussland in Honduras.

Newyork, 14. Nov. Wie aus Tegucigalpa (Honduras) gemeldet wird, ist dort ein Aufstand ausgebrochen. Ränge der Nordküste sollen schwere Kämpfe stattfinden. Nach den letzten Meldungen sollen sich die Aufständischen der Städte San Pedro de Sul, Trujillo, La Ceiba und La Esperanza bemächtigt haben. Man befürchtet, daß die Bewegung sich nach Süden ausbreitet. Bundesstruppen wurden in das Aufstandsgebiet entsandt.

Hildburghausen, 14. Nov. In Frankenstein konnte am letzten Jahrtag die Unterdrückung an die Erwerbslosen nicht ausgegahlt werden. Als die Verhandlungen ergebnislos verliefen, rottete sich die Menge zusammen und plünderte die Läden der Fleischer und Bäcker. Das Ueberfallkommando aus Hildburghausen stellte die Ruhe wieder her.

Hildesheim, 15. Nov. Die Große Strafkammer fällte gestern in dem Landfriedensbruchprozeß, dem die schweren Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten am 10. Juli d. J. in Hildesheim zugrunde lagen, das Urteil. Es erhielten von der nationalsoz. Gruppe sechs Angeklagte Gefängnisstrafen von 8 bis 4 Monaten. Von den Mitgebern der „Eisernen Front“ erhielten zwei Angeklagte 2 Jahre bzw. 1 Jahr Gefängnis, der Angeklagte Pause 1 Jahr 6 Monate Haftstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 8 bis 4 Monaten verurteilt; sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Vielefeld, 14. Nov. Die acht kommunistischen Festungsgefangenen haben den Hungerstreik, den sie unter Führung Scheringers wegen der Strafverschärfenden Bestimmungen begonnen hatten, aufgegeben.

Buenos Aires, 14. Nov. Gegen den Präsidenten der Republik Argentinien und eine Reihe hochstehender Persönlichkeiten ist ein Attentat geplant gewesen, das durch die Verhaftung mehrerer Anarchisten verhindert worden ist.

Munich (Paraguay), 14. Nov. Die Armees von Paraguay hat im Gran Chaco den Bolivianern zwei Besätze geliefert, wobei 500 Mann getötet worden sein sollen.